

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1,25 und (30) Beleghe für den eigenen Postamt befreit. — Für Ausland unter Streichband 1,35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postkontonummer Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restliche 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postkonto Hannover 67 377.

Nr. 29.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 4. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Wenn der Pöbel aller Sorten
Tanzt um die goldenen Käber,
Halte fest: Du hast im Leben
Doch am Ende nur dich selber.

Sturm.

Die Bevölkerungsfrage im faschistischen Italien.

Mit Benutzung neuesten statistischen Materials und des Buches „Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum“, von Hermann v. Loeß.

Die Bevölkerungsfrage ist die Schicksalsfrage der Völker. Geburtenzahl, Sterbezah, Geburtenüberschuss, bezw. Unterschuss, bedingen ihr Wohl und Wehe. Auch Deutschlands Geschick ist unausweichlich darin eingebunden. Wären wir uns nicht damit trösten wollen, daß es anderswo noch schlechter steht! Daß wir noch einen Geburtenüberschuss haben, der in den letzten Jahren einigermaßen stabil geblieben ist, liegt nicht etwa an einer Steigerung der Geburtenzahl, sondern ausschließlich an der an sich sehr erfreulichen Abnahme der Sterbeziffer. Aber diese Abnahme der Sterbeziffer hat natürlich ihre Grenzen. Und dann? Dann wird die Abnahme der Geburten sich katastrophal auswirken. Vergessen wir nicht, daß schon seit Jahren Berlin den traurigen Ruhm hat, die unfruchtbarste Stadt der Welt zu sein, in der weit mehr Menschen sterben als geboren werden. Geburtenbeschränkung ist zur Regel geworden. Sie ging leider aus von den höherstehenden Schichten, die sie aus wirtschaftlichen Gründen wahrlich nicht nötig hatten; jetzt hat sie sich auf alle Volksschichten ausgedehnt. Welch verhängnisvoller Irrtum, wenn immer noch Leute auftreten und dem deutschen Volk die Geburtenbeschränkung als Rettung aus aller wirtschaftlichen Not in hohen Tönen anpreisen. Neues soeben veröffentlichtes Material gibt uns Veranlassung, unsern Blick auf ein Land zu richten, das zwar wie die meisten anderen mit unter diesem Fluch steht, das aber mit aller Energie den Kampf gegen diesen Fluch aufgenommen hat, und nicht ohne Erfolg. Es ist ein Ruhmesblatt des faschistischen Italien.

Der Faschismus hat von Anfang an die einschneidende Bedeutung einer energischen Bevölkerungspolitik erkannt und diese organisch in sein System eingereiht. Er erstrebt bewußt Bevölkerungsdichte und sieht in ihr keine Gefahr, sondern im Gegenteil eine erhebliche Steigerung innerpolitischer Kraft, die sich dann wieder außenpolitisch auswirkt. Mussolini sagte 1927 vor der Kammer: „Italien muß, um in der Welt zu zählen, an der Schwelle der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eine Bevölkerung von nicht weniger als 60 Millionen aufweisen. Tatsache ist, daß das Geschick der Nation an die Potenz ihrer Volkszahl gebunden ist. Denn was sind die heutigen 40 Mill. Italiener gegen 90 Mill. Deutsche und die 200 Millionen Slaven? Was 40 Millionen Italiener gegen die gleiche Zahl Franzosen, wenn aus den Kolonien zu diesen letzteren noch 90 Millionen hinzutreten und zu den 46 Millionen Engländern gar noch 450 Millionen?“

Danach ergriß er seine Maßnahmen, wobei Bevölkerungspolitik naturgemäß Hand in Hand ging mit Wirtschaftspolitik. Sehen wir zunächst auf die allgemeinen, mehr indirekten Maßnahmen. Dazu gehört die Abdrückung der Auswanderung. Zum Teil war diese allerdings nicht freiwillig, da bekanntlich die Vereinigten Staaten, wohin ein großer Auswanderungsstrom ging, nach dem Kriege die Einwanderungsquote stark herabsetzten und überdies durch Bevorzugung der nordischen Völker das neu erwachte Nationalgefühl der Italiener schwer kränkten. Andererseits war es aber eine durchaus freiwillig und bewußt ergriffene Maßnahme besonders gegenüber den südamerikanischen Ländern und Frankreich, zumal diese Einwanderungsländer Italiens Forderung, daß die Auswanderer mitfam ihren Kindern die italienische Nationalität behalten sollten, strikt ablehnten. So wird seit vielen Jahren die Auswanderung mit allen Mitteln erschwert und in den meisten Fällen unmöglich gemacht. Niemand darf ohne Erlaubnis des Präfecten das Land verlassen, und diese wird selten gewährt.

Aber selbst innerhalb des Landes wurde die Freizügigkeit stark eingeschränkt; es soll nämlich aus gutem Grunde möglichst der Zustrom vom Lande in die Stadt aufgehalten werden, der sich, wie wir ja leider auch in Deutschland wissen, verhängnisvoll auswirkt in der Bevölkerungszahl. Mussolini sagt dazu folgendes, und die Tatsachen geben ihm durchaus recht: „An einem gewissen Punkt der Entwicklung angelangt, wächst die Stadt großartig, aber pathologisch an, nicht durch die

eigene Kraft, sondern durch den Zuzug von außen. Je mehr die Stadt anwächst, um so unfruchtbarer wird sie. Je mehr die Stadt anwächst, um so unfruchtbarer wird sie. Die fortschreitende Unfruchtbarkeit der Städte steht in direktem Verhältnis zu ihrer monströsen Vergrößerung (folgt Hinweis auf Berlin). Die Großstadt wächst, indem sie die Landbevölkerung in sich aufsaugt, die jedoch in dem Augenblick, wo sie städtisch wird, ihre Zeugungskraft verliert. Wüst und leer werden dann die freien Felder, aber wenn die Wüste ihr menschenleeres Gelände ausdehnt, wird die Stadt erdrückt. Stadt und Land stirbt, und die Nation, ihrer jugendlichen Kräfte beraubt, kann keinen Widerstand mehr leisten. Usw.“ Aus diesen Gründen ist ein „Innenpaß“ eingeführt, und jeder, der in die Stadt verziehen will, bedarf der Genehmigung des Präfecten, die nur bei triftigen Gründen erteilt wird. Der Betreffende muß zudem nach 14 Tagen in der Stadt eine Beschäftigung nachweisen, andernfalls wird er alsbald aufs Land zurückbefördert.

Zu den allgemeinen Maßnahmen teils bevölkerungs-, teils wirtschaftspolitischer Art gehört ferner die sogenannte „Bonifica integrale“, das gewaltige Meliorationswerk Italiens. Davon wird aller nur irgendwie verbesserungsfähige Boden des Landes erfasst, insgesamt etwa 2 Millionen Hektar. Erstaunliches ist da schon geleistet worden. Durch Trockenlegung von Sümpfen, in denen früher die Malaria wütete, durch Bau von Straßen und Kanälen, von Wasserleitungen und Versorgung mit Elektrizität usw. hat man die anbaufähige Fläche erheblich vergrößert und hat noch dazu das Volk im Lande und auf dem Lande beschäftigt und so manche Großstadtdemoralisierung und manche Arbeitslosigkeit abgewendet.

Aber nicht nur neuer Boden muß geschaffen werden, sondern überall die Produktion der Landwirtschaft auf äußerste gehoben werden. Dazu dient die 1925 begonnene sogenannte „Getreidebeschäftigung“. Denn wer eine große Volkszahl will, muß auch dafür sorgen, daß sie ernährt wird. Italien hat einen großen Getreidebedarf, besonders an Weizen; man denke an das italienische Nationalgericht: Makaroni! Es braucht jährlich etwa 75 Mill. Doppelzentner, produzierte bisher etwa 50 Mill. Doppelzentner, mußte also den Rest aus dem Auslande einführen. Das soll jetzt anders werden und ist schon anders geworden. Neben Einschränkung im Konsum — mehr Reis als Weizen! — wird Hebung der eigenen Produktion bis zum äußersten erstrebt, um Italien möglichst vom Auslande unabhängig zu machen. Und wie heute in Italien im Grunde alles, das politische, wirtschaftliche, ja, auch das geistige Leben, fast verstaatlicht wird, zum mindesten unter Staatskontrolle steht, so eröffnete denn auch der faschistische Staat 1925 von sich aus die „Bataglia del Grano“, die Getreidebeschäftigung. Besonders galt es, in den südlichen Provinzen und auf den Inseln, die schon im Altertum die Kornkammern Roms gewesen waren, die Produktion zu heben. Man stellte Versuche an mit einzelnen Getreidesorten, man lieferte Kunstdünger und neueste Maschinen, man setzte hohe Preise aus für die besten Ernteerträge, und jedes Jahr wird in feierlicher Versammlung durch den Duce selbst die Verteilung der Prämien vorgenommen. Durch diese Maßnahmen, zusammen mit dem obengenannten Meliorationswerk hat man tatsächlich erstaunliche Steigerung erreicht, und die berückichtigten und mit Malaria behafteten „pontinischen Sümpfe“ zwischen Rom und Neapel sind jetzt kultiviertes und von Getreidefeldern bedecktes Land. Natürlich läßt sich nicht automatisch weiter steigern; z. B. hatte man im letzten Jahre durch die Ungunst der Witterung einen Rückschlag zu verzeichnen.

Waren es bisher mehr indirekte Maßnahmen, welche erst die Grundlage schufen für rechte Bevölkerungspolitik, so wenden wir uns nun zu den direkten Maßnahmen. Ende 1926 schuf man eine ganz rigorose Junggesellensteuer. Damals mußte ein Junggeselle von 25 bis 35 Jahren 35 Lire jährlich zahlen (1 Lire hat den Wert von RM 0,22), von 35 bis 50 Jahren 50 Lire, von 50 bis 65 Jahren 25 Lire. Dazu eine Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Prozent. Der erste Erfolg war, daß im Dezember 1926 mehr als 100 000 Ehen geschlossen wurden. 1928 ist die Steuer wesentlich erhöht worden; die entsprechenden Zahlen sind jetzt 70, 100, 50 Lire, dazu eine um 50 Prozent erhöhte Einkommensteuer. „So sollen Euch Kinder frohen diejenigen das Geld schaffen, die sich weigern, eine Familie zu gründen“, sagte Mussolini.

Auch die kinderlosen Ehen werden stark besteuert und die Erträge einem Mutter- und Kinderschutz zugeführt. Für Frauen besteht 1 Monat vor und nach der Niederkunft Arbeitsverbot. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, nicht nur den Lohn weiterzuzahlen, sondern auch die Stelle freizuhalten. Aber man hat klar erkannt, daß

zu dem physischen auch der moralische Schutz hinzukommen muß. So wird der Schund in Bild und Buch, im Film und Theater lebhaft bekämpft. Druckschriften, die gegen die guten Sitten verstoßen, darf die Post nicht befördern. Ebenso wird alles getan, um die Volkshygiene und Sexualmoral zu bessern. Beides gehört ja eng zusammen. Was nützen alle Fortschritte in der Hygiene, wenn die Sexualmoral verfaßt?

Kinderreichen Familien werden sehr erhebliche finanzielle Entlastungen zuteil. So wurde 1928 ein Gesetz geschaffen, nach dem kinderreiche Familien von der Entrichtung von Steuern befreit werden, und zwar bis zu 100 000 Lire (22 000 RM) Jahreseinkommen. Familienväter genießen auch sonst staatsbürgerliche Bevorzugung. Beamte mit Kindern sind bei gleicher Qualifikation stets den kinderlosen vorzuziehen. Keine unverheiratete Person männlichen oder weiblichen Geschlechts darf bei Vergabe von Stellen den verheirateten vorgezogen werden. Tatsächlich ist noch heute in Italien die Zahl der kinderreichen Familien recht groß. Eine Statistik besagt, daß es über 1 400 000 Familien mit 7 und mehr Kindern (bis zu 20) gibt.

Wie in politischen und nationalen Fragen, so hat Mussolini auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht seinen Standpunkt gegen früher völlig verändert. Er braucht nicht verschwiegen zu werden, daß er vor dem Kriege einer der schärfsten Verfechter der Geburtenregelung gewesen ist. Leute dieser Art werden heute mit Feuer und Schwert bekämpft. Als 1924 Professor Cagetano von der Neapler Universität mit seinem Buch „Malthus, der Retter Italiens“ hervortrat, wurde dieses beschlagnahmt und er selbst seines Amtes entsetzt.

Daß auch Mussolinis energischer Kampf den Geburtenrückgang nicht aufhalten konnte, zeigt, wie stark dieser der heutigen Zeitströmung entspricht. Die großen Städte besonders Norditaliens arbeiten in dieser Beziehung auch schon mit absolutem Defizit.

Den Schluß bildet die neueste Statistik über den Bevölkerungsstand in Italien.

	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss
1930	1 085 163	570 161	515 002
1929	1 040 395	663 938	376 457
1928	1 072 316	645 654	426 662

Zum Vergleich mit anderen Völkern seien diese Zahlen in üblicher Weise auf je 1000 Einwohner umgerechnet:

	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss
1930	26,0	13,7	7,0
1929	25,2	16,1	9,1
1928	26,2	15,8	10,4
(Deutschland 18,6)	11,6	12,3	

Wenn auch dieser Erfolg Italiens ziemlich ausschließlich auf das Konto des flachen Landes zu buchen ist, so ist doch ein Land glücklich zu preisen, das fast doppelt so viele Geborene als Gestorbene aufweist. Der Kampf ist also nicht vergeblich. br.

Erklärung.

Unter der Überschrift „Zwei Zeitdokumente“ veröffentlichte D. Genähr in Nr. 11 dieser Zeitung einen Aufsatz, in dem er einen Artikel von D. Bolliger über die Ostasien-Mission zitierte. Zu diesem Aufsatz erlaube ich mir als früherer Direktor der Ostasien-Mission, der seit 21 Jahren in dieser Arbeit stand und die Verhandlungen mit den andern Missionen geleitet hat, folgendes zu erwidern:

1. Es ist falsch, was D. Genähr schreibt, daß D. Bolliger zur Ostasien-Mission gehört. Wahr ist vielmehr, daß D. Bolliger sich niemals um die Ostasien-Mission gekümmert hat. Er kennt sie in keiner Weise näher. Ich bin ihm in Zürich niemals begegnet.

2. Die Ostasien-Mission, auch ihre Freunde in der Schweiz, lehnen den Standpunkt D. Bolligers in jeder Hinsicht ab. Weil D. Bolligers Aufsatz zu buchen in der Hinsicht ohne Sachkenntnis spricht und in keiner Weise den Standpunkt der Ostasien-Mission richtig wiedergibt, hat das schweizerische Protestantenblatt, dem D. Bolliger den Aufsatz zuerst angeboten hatte, den Abdruck des Aufsatzes abgelehnt.

3. Es ist völlig unberechtigt, die Ostasien-Mission als protestantenvereinerlich zu bezeichnen. Die Ostasien-Mission lehnt es ab, sich an den Protestantenverein zu binden. Heute gehören etwa ein Drittel ihrer Freunde zu den Kreisen, die man im weitesten Sinne als „liberal“ bezeichnen könnte, zwei Drittel gehören andern kirchlichen Gruppen an, der Mittelpartei, der Rechten,

den Kreisen der dialektischen Theologie. Im übrigen lassen sich ja auch die andern Missionen gern von „liberalen“ Pfarrern helfen, nicht nur die Ostasien-Mission.

4. Die Ostasien-Mission hält fest an dem Bekenntnis des Missionsbundes in der Auslegung, die der Deutsch-Evangel. Missions-Ausschuß diesem gegeben hat.

Prof. D. Dr. Witte.

Da ich kein Interesse habe, in den unerquicklichen Kampf, die Nichtaufnahme der Ostasien-Mission in den Deutschen Evangelischen Missionsbund betreffend, einzutreten, beschränke ich mich darauf, dem Herrn Professor D. Witte für seine oben abgedruckte Berichtigung zu danken. Meine Annahme, daß Professor D. Bolliger zur Ostasien-Mission gehöre, gründete sich auf Angaben, die ich der „Reformierten Kirchenzeitung“, dem Organ des Reformierten Bundes für Deutschland entnahm. Dort war auf Seite 384 (30. November 1930) zu lesen: „Wie hier berichtet wurde, hat der Deutsch-Evangelische Missionsbund die Aufnahme der protestantenvereiniglichen Ostasien-Mission abgelehnt, da die nötige Uebereinstimmung in den wichtigsten Stücken des evangelischen Glaubensbekenntnisses fehle. Darüber gab es in der Presse allerlei erregten Disput. Die Kreise der Ostasien-Mission klagten bitter über orthodoxe Härte und Verneinung ihrer Unschuld. Jetzt hat einer aus ihrer eigenen Mitte, Professor D. Bolliger in Zürich, den Mut gefunden, sich öffentlich auf die Seite des Evangelischen Missionsbundes zu stellen mit der Erklärung usw.“ Hier wird ohne weiteres angenommen, daß die Ostasien-Mission protestantenvereiniglich eingestellt sei, obwohl mir natürlich nicht unbekannt war, daß ein Teil ihrer Freunde auch in anderen kirchlichen Gruppen zu finden war. Darauf aber in meinem Aufsatz näher einzugehen, schien mir nicht gerade geboten zu sein. Die mir bei Waffassung meines Aufsatzes ebenfalls vorliegende Vierteljahrsschrift der Berliner Mission „Mission und Pfarramt“, habe ich ausgeliehen. Ich kann darum nicht den Nachweis liefern, ob auch dort von einer „protestantenvereiniglichen“ Ostasien-Mission die Rede war und ob auch dort Herr Professor D. Bolliger als „zur Ostasien-Mission gehörig“ bezeichnet worden war.

Daß das „Protestantenblatt“, dem D. Bolliger den Aufsatz zuerst angeboten hatte, den Abdruck des Aufsatzes abgelehnt hatte, ist unschwer zu verstehen.

Ich will nicht unterlassen, hier noch zu bemerken, daß der Ostasien-Mission die Genußnahme widersprochen ist, in Japan in den dortigen Bund aller evangelischen Missionen (Federation of Christian Missions) aufgenommen zu werden. Der Vorsitzende dieses Missionsbundes, der Leiter der Omi-Mission, hat dieses einmütig gefasste Ergebnis dem Leiter der Ostasien-Mission in Japan, dem Superintendenten D. Schiller, persönlich mitgeteilt.

D. Im. Genähr.

Etwas Vorsicht bitte!

Nachdem man mehr als zehn Jahre den „Aufwärts“ gelesen hat, darf man vielleicht um etwas mehr Vorsicht im Urteil und gegenüber den Pressebüros bitten. Ein paar Beispiele aus letzter Zeit:

I.

Unter der auffallenden Überschrift „Die Verhöhnung Christi“ berichtet in Nr. 298 I. J. F. B. M. über den Prozeß gegen den Zeichner Groß und teilt mit, daß dazu auch die Vertreter der beiden christlichen Konfessionen ihr sachverständiges Urteil abgaben. Ein längeres Gutachten wurde auch von den deutschen Quäkern dem Gericht angeboten und von diesem angenommen. Darin sagt der Schreiber dieses Gutachtens über das in Frage stehende Bild: „Ich empfinde darin nicht die geringste Herab-

würdigung Christi selbst, sondern nur den Hinweis, daß Christus immer wieder von den Menschen aufs neue gekreuzigt wird...“, daß wir aus ihm eine göttliche Mahnung hören, halt zu machen in unserm ungöttlichen Tun. Diesem elenden, in der Umwelt des Krieges verhungerten Christus am Kreuz ist nichts genommen, was mit seiner Sendung für die Menschheit zusammenhängt. Noch strahlt der Ewigkeitschein über ihm, noch im Tode hält er das Symbol des Kreuzes hoch, aber die Menschen haben ihm, der das Leid der Welt trägt, statt der Dornenkrone eine Gasmaske umgehängt und Soldatenstiefel über die Füße gezogen. Das Bild schreit die furchtbare Anklage in die Welt hinaus: Was habt ihr mit mir gemacht? Ich habe euch die Gotteskindschaft, die Bruderschaft, den Frieden gebracht. Ihr habt mich in eure Kriegsmaschine eingesperrt! Ihr führt in meinem Namen Kriege! Ich habe euch Liebe gepredigt. Ihr habt meine Predigt zum Gegenteil verdreht und verwendet in meinem Namen alle Nordwerkzeuge, Giftgas, Feuerwerfer.“ Es ist ein jämmerlicher, unter der Sünde der Menschen fast vergehender Christus. Aus ihm spricht das ganze Seufzen der Kreatur um Erlösung... keine Spur von Gotteslästerung... vielmehr genau das Gegenteil... eine furchtbare Anklage Gottes gegen das gotteslästerliche Tun der Menschen.

Der Schreiber des Gutachtens sagt, dies Empfinden habe das Bild nicht nur bei den Quäkern ausgelöst, sondern, wie er erfahren habe, auch bei vielen anderen Christen, also auch innerhalb der katholischen und evangelischen Kirchen. Er weiß, daß bei anderen das religiöse Gefühl anders empfindet, sich verletzt fühlt, betont „Mein religiöses Gefühl wird durch Krieg aufs tiefste verletzt... Krieg selbst ist für mich eine Gotteslästerung“, fügt aber hinzu: „Wo liegt der Maßstab, daß mein religiöses Gefühl richtig ist und nicht das der anderen?“

Vor Luther, durch Luther, Zwingli, Calvin u. a. und nach ihnen sind die religiösen Gefühle vieler Katholiken oft verletzt. War das dann eine „Verhöhnung Christi“? Und gilt daselbst nicht ebenso umgekehrt? Kann man es eine „Verhöhnung Christi“ nennen, wenn das religiöse Gefühl von Protestanten verletzt wird? Ist es eine Verhöhnung Christi, wenn das religiöse Gefühl von Freikirchlichen oder von Landeskirchlichen, von Gemeinschaftsleuten, von Orthodoxen oder von „Liberalen“ verletzt wird? Solche gegenseitige Verletzung fügen wir uns, auch gegen unsern Willen, immer wieder zu. Ist es eine „Verhöhnung Christi“, wenn die religiösen Gefühle von Pazifisten verletzt werden? Oder etwa, wenn die von Militaristen verletzt werden?

Paulus hat die religiösen Gefühle der Judenchristen aufs tiefste verletzt, als er betonte: „Hier ist nicht Jude noch Grieche!“, als er ständig unter Fremdvölkern umherreiste und Bruderschaften aus Juden und Nichtjuden schuf, als er nicht koscher lebte, die religiösen Formen seiner Heimat und seines Volkes vernachlässigte und auch keineswegs von den Heidenchristen forderte, sie vielmehr als Gesetz und evangeliumsfeindlich bekämpfte. Die in ihren religiösen Gefühlen verletzten Gegner haben ihn bekämpft und sein Werk zu vereiteln gesucht. Trotzdem war des Paulus Tat keine „Verhöhnung Christi“; vielmehr hat dieser selbst ihn dazu getrieben.

Petrus hat die religiösen Gefühle seiner Mitchristen aufs tiefste verletzt, als er den römischen Hauptmann Kornelius in die Christenbruderschaft aufnahm. „Die Gläubigen aus der Beschneidung entsetzten sich, daß auch auf die Heiden die Gabe des Heiligen Geistes ausgegossen ward“, und als Petrus zur Christengemeinde nach Jerusalem zurückkam, „zankten sie mit ihm“ deswegen (Apg. 10, 45 und 11, 2). Gott aber und der erhöhte Christus hatten durch Petrus gehandelt, und als er zurückkam, keine Gemeinschaft mehr mit den Fremden hielt, am die religiösen Gefühle in der damaligen Christenheit nicht zu verletzen, griffen Gott und der Erhöhte wieder

Kinden aus Standesrücksichten unbedingt eine höhere Schule besuchen müssen, einerlei, ob sie die dafür erforderliche Begabung haben oder nicht. So ergeben sich dem objektiven Beobachter eine ganze Reihe völlig außerhalb der Schule liegender Faktoren, die die Nervosität der Jugend mitverschulden. Sie müssen zunächst einmal von dem Konto der Schule abgesetzt werden, ehe Stellung genommen werden kann zu der Frage, in wie weit auch die Schule mitschuldig ist an dieser Nervosität, und was sie tun könnte und mühte, um sich von dieser Mitschuld zu befreien. Für die Körperpflege der Schulkinder wird in unserer Zeit auf alle Weise gesorgt, und es ist in den Schulen jetzt äußerlich der richtige Ausgleich zwischen geistiger und körperlicher Ausbildung der Jugend vorhanden. Damit ist zwar ein großer Fortschritt erzielt, aber doch noch nicht alles getan, was in unserer Zeit zur Bekämpfung der Nervosität der Jugend getan werden kann und muß. Es kommt nicht bloß darauf an, in den Schulen die geistige Ausbildung und die körperliche äußerlich richtig gegeneinander abzugrenzen, sondern es müssen auch noch aus der geistigen Ausbildung alle Faktoren ausgeschieden werden, die auf das Nervensystem der Jugend schädlich einwirken können. Die Unterrichtsziele sind in den höheren Schulen vielfach zu hoch gesteckt, die Unterrichtsorganisation entspricht noch oft nicht den diesbezüglichen Forderungen der experimentellen Pädagogik; sie mühte ferner auf der Oberstufe der höheren Schulen den Hauptbezugsrichtungen der Schüler durch Gruppenbildung angepaßt werden. Aus der Unterrichtsmethode muß das viele mündliche und schriftliche Prüfen (Notizbuchpädagogik und Extemporale) verschwinden. Dieses ewige Prüfen muß den Schüler nervös machen. Aber nicht bloß ein falsch gestalteter Unterricht, sondern auch eine verkehrte Art der Zucht kann in den Schulen das Nervensystem der Jugend schädlich beeinflussen. In der Zucht muß Vertrauen zwischen Lehrer und Schüler herrschen. Gegenüber den Fragen des Unterrichts werden die Fragen der Disziplin in den Schulen

ein, ließen Petrus und wählten ein neues Werkzeug in Paulus.

Es ist oft sehr schmerzhaft, daß wir uns unsere religiösen Gefühle gegenseitig verletzen. Aber sie sind nicht Christus. Der ist unendlich viel höher als all diese menschliche, auch als die frommsten menschlichen religiösen Gefühle. Er wirkt oft trotz ihnen und so, daß er sie erst brechen muß. Er hat in der ersten Christenheit gegen die religiösen Gefühle der Gemeinde gewirkt und über sie hinweg seine Werkzeuge gesucht zu weltweitem Heil für alle Völker. Die neuen Christen unserer Zeit in Asien, Afrika usw. empfinden in vielem auch anders als viele unter uns in der alten Christenheit. Der kürzlich verstorbene führende japanische Christ Ranjo Utschimura schrieb einmal: „Falsche Propheten, falsche Bischöfe, falsche Missionare, falsche Prediger — was sind das für Leute? Es sind Leute, die das Evangelium predigen und zugleich die Ausdehnung der Kriegsrüstungen für notwendig erklären... Die wahren Propheten waren vorchristliche Gegner des Krieges, vorchristliche Friedensapostel, sie haben ernst gemacht mit dem Versuch, nicht nur aus dem Leben des einzelnen, sondern auch aus dem der Staaten den Gebrauch der Waffengewalt und politischen Künste zu verbannen. An diesem Punkte kam es zwischen den wahren und falschen Propheten beständig zum Zusammenstoß... Unter den sogenannten falschen Propheten waren gewiß ehrliche Patrioten...“ Aus Rücksicht auf den Raum will ich nicht mehr ähnliche Worte führender Neuchristen, deren religiöses Gefühl durch Krieg und Waffen verletzt wird, anführen. Ihr Einfluß hat u. a. mitgewirkt, daß die Versammlung der evangelischen Missionsführer 1928 in Jerusalem einstimmig sich gegen Krieg erklärte und zu Arbeit und Gebet für den Frieden aufrief.

Das religiöse Gefühl unter den Christen ist in diesem Punkte heute noch ganz verschieden. Der Erhöhte aber wirkt, um uns in volle Wahrheit zu leiten, und giebt seinen Heiligen Geist auf Neuchristen wie Altschristen, ja auch auf Nichtnamenchristen und sucht und findet seine Werkzeuge, wie er es dereinst getan hat. Als er leibhaftig auf Erden war, meßte er den Seinen vor dem Versuche, Unkraut auszurotten: „Lasset es mit dem Weizen wachsen bis zur Ernte!“ Ist nicht in jedem unserer Herzen Unkraut und Weizen vermischt und in unserm Tun ebenso, in dem der Militaristen wie der Pazifisten, der Alts wie der Neuchristen, der Protestanten wie der Katholiken usw. usw.?

Darum liegt mir daran, daß wir vorsichtig miteinander umgehen und daß doch keine Seite sich täuscht, daß keine Seite das überall stehende Unkraut übersieht und nicht ihre religiösen Gefühle, die wirklich schmerzhaft verletzt sein mögen, vergötzt, mit Christus gleichsetzt.

2.

In Nr. 247 wird unter der Überschrift „Den Pazifisten dämmert's“ die Pressemeldung gebracht, auf der Tagung der Nie-wieder-Krieg-Bewegung in London hätten H. G. Wells u. a. das völlige Fehlschlagen dieser Bewegung, insbesondere unter der englischen Jugend eingestanden. „Es sei ihnen nicht gelungen, wirksame Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu finden. Wenn heute ein Krieg ausbräche, so gebe es keine Organisation, die ihn verhindern könne. Was sagen die deutschen Pazifisten dazu?“

Ich erkundigte mich in London und erhielt den Konferenzbericht mit der Wiedergabe der Reden usw. Mehr als 300 Delegierte aus allen verschiedenen Gruppen und Richtungen der englischen Friedensbewegung waren versammelt, um hier über den Feldzugsplan für die Friedensarbeit in den nächsten Jahren zu beraten. Dabei wurde mit der Kritik bisheriger Taktik nicht gepart. H. G. Wells sagte: „Was wird getan, um einen möglichen Kriegsausbruch in den nächsten 8 oder 10 Jahren zu verhüten? Die erste Aufgabe der kriegsgegnerischen Bewegung ist, daß sie solcher Kriegsströmung einen starken

viel zu sehr zurückgedrängt. Im allgemeinen muß aber gesagt werden, daß von der jugendlichen Nervosität das selbe gilt wie von den sogenannten Schülerelbstmorden, daß nämlich ihre eigentlichen Ursachen in unseren ganzen verwickelten kulturellen Verhältnissen, in erblicher Belastung, in einer verkehrten häuslichen Erziehung, in einer unvernünftigen Lebensweise und erst in letzter Linie in Schuleinrichtungen zu suchen sind. Die Schule kann und muß auch ihrerseits bei der Bekämpfung der jugendlichen Nervosität mitwirken, aber Lehrer und Schule sind ihr gegenüber hilflos, wenn das Milieu, in dem sich die Schüler außerhalb der Schulzeit bewegen, vergiftet ist.

Evangelische Jugendverbände und Politik.

Der Reichsausschuß der evangel. Jugendverbände Deutschlands trat Ende Januar zu einer Ausschussung unter dem Vorsitz von D. Stange-Kassel in Berlin zusammen, der außer bevollmächtigten Abgeordneten fast sämtlicher evangelischer Jugendverbände auch Vertreter des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des Zentralschulrates für Innere Mission beizuhöhen. Aus den geschäftlichen Verhandlungen ist hervorzuheben die Wahl einer Vertretung in die neuerdings gebildete Sektion Jugendarbeit innerhalb der ökumenischen Versprechungen, die im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß regelmäßig sämtliche an der ökumenischen Arbeit beteiligten Stellen Deutschlands zusammenfassen. Eine lebhafteste Aussprache entwickelte sich über die Stellung der evangelischen Jugendverbände zu den politischen Strömungen innerhalb der heutigen Jugend. Die Aussprache ergab nicht nur eine weitgehende Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, sondern zeigte auch, daß die evangelische Jugend gegenwärtig mehr als je sich ihres eigenen Weges und ihrer Verantwortung angesichts der parteipolitischen Bewegungen und der vaterländischen Nöte bewußt ist.

und wirksamen geschwader können erst die Bomben hat, ist keine Zeit nicht einen durch Das Kriegsministerium in Europa jetzt, nicht dann, die den Mut und menschenförmigen u ihr uns in einen „Stoßtruppen“ vor sich haben. Bewegung derer nur dann ihrem einem anderen S Beilegung durch äußerst wohlwollen Redner betonte der Kriegsschreck der Jugend den und eine neue A Auffassung vom entwickeln an S Auffassung vom Schließlich setzte aufstimmenden G für die englische und durchführen lich verpflichtet, sind in mehr als geschlossen. Wie leiter der London gung, innerhalb volle Friedensku besucht. Ihr Ein bereit sei für a bewegung habe nicht genug sei, hungen zu fassen bauende Gedank

Zusammenfassung

Meldungen von Nawalbandi stoß zwischen Sittis andererseits Die Zahl der nicht bekannt. Minderfleisch, die einem Gasthaus und Hindus h Bestimmung. M schen Glaubens des Handgemei

Fortsetzung Gandhi eine Unterredung Beratungen mit Er erklärte, daß Ansicht, daß d jams weder a denn, es läme z bewegung wie nicht abgelaße Hoffnung auf Dies könne jedr drückung in b Andre F werde sich doch finden lassen. Ein indischer — Kaitutt drei Terroristen den Generalin emordeten un

Parteien

Fortsetzung der In der Haushalt des Abg. Frau W nur erhalten bl in den Betrieb seien. Abg. Hein Wohlfahrtsmin wichtigsten Bern leit zu bekämpf der Kolonien, d der deutschen Abg. Frau Aufmerksamkei Betreuung das Die freie Chris mehr berücksi Abg. Wurr bauten im leste sei trübe. Abg. Dr. von Einfamilien bauten mit G sollten weniger landwirtschaftl sei dem Wohn Abg. Men nungspolitik. tatalitrophal. T

Werkzeug in
unsere reli-
gie sind nicht
dies Mensch-
eligiösen Ge-
ß er sie erst
eit gegen die
und über sie
dem Heil für
heit in Asien,
ers als viele
kürzlich ver-
Utschmura
s für Leute?
und zugleich
otwendig er-
vorchristliche
esapostel, sie
nur aus dem
der Staaten
schen Künste
zwischen den
zum Zusam-
Propheeten
Rücksicht auf
die führende
Krieg und
ß hat u. a.
elischen Miß-
gegen Krieg
eden aufrief.
ist in diesem
Erhöhte aber
i, und giebt
tschriften, ja
findet seine
s er leibhaft
im Versuche,
igen wachsen
Serzen Un-
Tun ebenso,
der Alt- wie
Katholiken
miteinander
nt, daß keine
gt und nicht
gich verleiht
en Pazifisten
der Tagung
n hätten S.
Bewegung
ingestanden.
ne Mittel
u finden.
eine Orga-
en die deut-
lt den Kon-
ufw. Mehr
ruppen und
waren ver-
e Friedens-
dabei wurde
art. S. G.
möglichen
ren zu ver-
schen Bewe-
nen starken
a muß aber
vosität das-
bstmorden.
eren ganzen
blicher Be-
ziehung, in
in letzter
Die Schule
mpfung der
Lehrer und
Milieu, in
it bewegen,
Politik.
ndverbände
schußigung
rlin zusam-
a fast sämt-
rtreter des
d des Zen-
i. Aus den
a die Wahl
te Sektion
Besprechun-
bundesamt
beit betei-
Eine leb-
tellung der
chen Strö-
Ausprache
immung in
geigte auch
als je sich
ung ange-
der vater-

und wirksamen Damm entgegenzusetzen vermag. Flug-
geschwader können in 12 Stunden hier sein, und wenn
erst die Bomben gefallen sind und die Erregung begonnen
hat, ist keine Zeit mehr, den Krieg zu verhindern, wenn man
nicht einen durchaus fertigen, wohlüberlegten Plan hat.
Das Kriegsministerium ist fertig. In jedem Kriegsmini-
sterium in Europa weiß man genau, was man tun wird. . .
Jetzt, nicht dann, wenn der Krieg da ist, ist es Zeit für die,
die den Mut und die Ueberzeugung haben, sich fest zusam-
menzuschließen und zu sagen: „Wir tun nicht mit, wenn
ihr uns in einen Krieg führt!“ Diese Leute möchte ich die
„Stoßtruppen“ nennen, und sie mögen eine harte Zeit
vor sich haben. Gleichzeitig müßte es eine geschlossene
Bewegung derer geben, die sich nicht so verpflichten, aber
nur dann ihrem Staate helfen würden, wenn er von
einem anderen Staate angegriffen würde und dieser eine
Beilegung durch Schiedsgericht ablehnte. Das würde
äußerst wohlthuend auf die Regierung wirken.“ Andere
Redner betonten, man solle nicht nur durch Schilderung
der Kriegsschrecken zu wirken versuchen, man müsse in
der Jugend den heldenhaften Opferwillen für den Frieden
und eine neue Menschheit wecken, man müsse eine neue
Aufassung vom Staat als dem Diener der Allgemeinheit
entwickeln an Stelle der in der modernen Welt veralteten
Aufassung vom Staate als einer Tötungsmaschine.
Schließlich setzte man einen Ausschuß von Vertretern aller
zustimmenden Gruppen ein, der den neuen Feldzugsplan
für die englische kriegsgegenehrliche Bewegung ausarbeiten
und durchführen sollte. Viele Tausende haben sich schrift-
lich verpflichtet, jeden Kriegsdienst zu verweigern. Sie
sind in mehr als 200 örtlichen Organisationen zusammen-
geschlossen. Wicham Steed, der hervorragende Schrift-
leiter der Londoner Times, schrieb bald nach dieser Ta-
gung, innerhalb der letzten 10 Tage habe er zwei macht-
volle Friedenskundgebungen in Yorkshire und in London
besucht. Ihr Eindruck sei gewesen, daß das Volk jetzt vor-
bereitet sei für aufbauende Friedensarbeit. Die Friedens-
bewegung habe die gesunde Einsicht gewonnen, daß es
nicht genug sei, Versammlungen zu halten und Entschlie-
sungen zu fassen, daß vielmehr eine Grundlage für auf-
bauende Gedanken und Arbeit vorhanden sein müsse.

Indiens Kampf geht weiter.

Zusammenstöße im Pandschab.

Ein Sikhoffizier um ein Stück Rindfleisch lebendig ver-
brannt?

— London, 3. Februar.

Meldungen aus Indien zufolge wurde in der Nähe
von Rawalpindi im Pandschab bei einem Zusammen-
stoß zwischen Mohammedanern einerseits, Hindus und
Sikhs andererseits ein Sikhoffizier lebendig verbrannt.
Die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist noch
nicht bekannt. Der Streit entstand um eine Portion
Rindfleisch, die sich ein mohammedanischer Lehrer in
einem Gasthaus bestellt. Da das Rind den Sikhs
und Hindus heilig ist, protestierten diese gegen die
Bestellung. Als darauf der Lehrer seine mohammedani-
schen Glaubensgenossen zu Hilfe rief, entstand ein wil-
des Handgemenge.

Fortsetzung der Gehorsamsverweigerung.

Gandhi gewährte erneut einem Pressevertreter
eine Unterredung und äußerte sich dabei über seine
Beratungen mit den Führern des Indischen Kongresses.
Er erklärte, die Kongressführer seien einstimmig der
Ansicht, daß die Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams
weder aufhören noch nachlassen dürfe, es sei
dann, es läme zu einem Waffenstillstand. Eine Massen-
bewegung wie die zivile Gehorsamsverweigerung könne
nicht abgelassen werden, wenn nicht den Massen die
Hoffnung auf eine Lösung der Streitfragen erwölde.
Dies könne jedoch nicht der Fall sein, solange die Unter-
drückung in bösartiger Form fortgesetzt werde.

Anderer Führer des Kongresses erklärten, vielleicht
werde sich doch eine Lösung der schwebenden Fragen
finden lassen.

Ein indischer Terrorist zum Tode verurteilt.

— Kalkutta, 3. Februar. Dinesh Gupta, einer der
drei Terroristen, die am 8. Dezember vorigen Jahres
den Generalinspektor der Gefängnisse, Oberst Simpson,
ermordeten und einen Beamten namens Nelson ver-

Das ist ein kürzer Auszug des Wesentlichen aus dem
englischen Bericht. Ich habe bei Meldungen im Aufwärts
schon recht oft die Erfahrung gemacht, daß er von seinem
Korrespondenzbüro mit Nachrichten versehen wurde, die
keineswegs ein zutreffendes Bild brachten, vielmehr oft
gefärbt waren. Der Aufwärts würde viel an Wert ge-
winnen, wenn man seinen Meldungen gegenüber nicht
die Vorsicht anwenden müßte, die die Presse der Parteien
immer wieder erfordert.

Wilhelm Mensching, Pöken b. Bückeburg.

Wenn die in dem vorliegenden Artikel ausgesprochene
Mahnung berechtigt ist, lassen wir sie uns gern sagen.
Man wird aber nicht behaupten können, daß wir dem
ernsten Streben der Friedensbewegung kein Verständnis
entgegenbringen wollten. Jede Auffassung läßt sich mit
vielen Gründen verteidigen. Wenn im Aufwärts zu-
weilen auf die Erfolglosigkeit pazifistischer Bestrebungen
hingewiesen wird, dann ist es doch auch wirklich nicht sehr
schwer, die Beweise dafür aus dem praktischen Geschehen
zusammenzubringen. Gegen die in pazifistischen Kund-
gebungen oft wiederkehrende Behauptung, in Deutsch-
land gebe es Kreise, die bewußt und mit Willen auf
Kriege hinarbeiten, muß man sich wenden. Wir sind der
Meinung, daß jeder deutsche General und Offizier erst
recht Gegner des Krieges ist.

Was die Diskussion über den „Christus“ des Malers
Groß betrifft, so ist doch kaum anzunehmen, daß des
Malers Beweggründe dieselben waren, wie sie von den
Quäkern gesehen werden. Es ist nicht leicht, zu entschei-
den, wie weit Handlungen der Menschen dem ehrlichen
Wunsch entsprossen, Christi Lehren nun auch wirklich im
eigenen Leben wirksam werden zu lassen.

Daß es auch unser Wunsch ist, der Aufwärts möchte eine
unter allen Umständen zuverlässige Nachrichtenquelle für
die Leser sein, brauchen wir wohl nicht zu beschwören.
Aber alles Fernsehen, alle Radiomellenübertragungen und
technischen Fortschritte scheinen auch den Redakteuren die
Eigenschaft der Unwissenheit, die sie so gern hätten, noch
nicht zu vermindern.

Die Schriftleitung.

legten, ist zum Tode verurteilt worden. Seine beiden
Helferschleifer haben Selbstmord begangen.

Rein Völkerebunds-Austritt.

Ablehnung der Austrittsanträge durch den
Auswärtigen Ausschuß.

— Berlin, 3. Februar.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hielt
unter dem Vorsitz des Thüringischen Staatsministers
Dr. Fried eine neue Sitzung ab und nahm einen Bericht
des Reichsministers Dr. Curtius über die Geser Ver-
handlungen entgegen. Die Sitzung war vertraulicher
Natur, doch hört man, daß der Ministerrede eine län-
gere Aussprache folgte, in deren Verlauf die national-
sozialistischen Abgeordneten scharfe Angriffe gegen die
deutsche Außenpolitik richteten.

Von den Nationalsozialisten wurde dann ein An-
trag eingebracht, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die Reichsregierung wird ersucht, angesichts
des völligen Verfalls des Völkerebundes, vor allem
in der Frage des Schutzes der nationalen Minder-
heiten und in der Abrüstungsfrage, gemäß Artikel
1 Absatz 3 der Völkerebundsatzung den Austritt
Deutschlands aus dem Völkerebund durch Kündigung
seiner Mitgliedschaft vorzubereiten.“

In der Abstimmung wurde der Antrag gegen die
Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen
und der Kommunisten abgelehnt. Ebenso war zuvor
ein kommunistischer Antrag, der gleichfalls den Aus-
tritt aus dem Völkerebund forderte, abgelehnt worden.

Antrag auf Reichstagsauflösung.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im
Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichs-
präsidenten ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25
der Reichsverfassung sofort aufzulösen.

Abg. Hoff (Staatsp.) bezeichnete es als wünschens-
wert, wenn die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung
Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen würde.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Brügg-
müller (Soz.), Gowe (Dntl.) und Molt (Hr.) schloß
die allgemeine Aussprache. Die Einzelaussprache wurde auf
Dienstag, 12 Uhr vertagt; außerdem zweite Lesung der
Haushalte der Handels-, Berg-Verwaltung und Porzellan-
manufaktur.

Konflikt in Württemberg.

Das Zentrum gegen weitere Zusammenarbeit mit den
Deutschnationalen.

Innerhalb der württembergischen Regierungs-
koalition, der vor Jahresfrist Volkspartei und Staats-
partei beitraten, ist es zwischen dem Zentrum und den
Deutschnationalen zu einem ersten Konflikt gekom-
men, der vermutlich zum Austritt der Deutschnationalen
Partei führen wird. Veranlassung dazu gab
ein vom evangelischen Ausschuß der Deutschnationalen
Volkspartei veröffentlichter Aufruf, in welchem die
in Preußen bestehende Bindung zwischen Zentrum und
Sozialdemokraten abfällig beurteilt wird. Nach der Veröf-
fentlichung dieses Aufrufs erklärte der Zentrumsabge-
ordnete Bock in einer Rede in Elbingen, im Einver-
nehmen mit der Führung der Partei könne er feststel-
len, daß diese keinen Wert mehr auf die Zusamen-
arbeit mit den Deutschnationalen lege.

Was wird im Reichstag?

— Berlin, 3. Februar.

Mit der Wiedereröffnung des Reichstags am heu-
tigen Dienstag entbrennt auf der ganzen Linie der
entscheidende Kampf zwischen der Regierung Dr. Brü-
ning und der von den Nationalsozialisten und den
Deutschnationalen geführten Opposition. Das Kampf-
feld gibt die Staatsberatung ab. Nach den Dispositionen
der Reichsregierung soll der Reichstag unverzüglich
mit der zweiten Lesung des neuen Reichshaushalts-
plans beginnen und den Gesamtsitz bis zum 31. März
verabschieden, so daß er dann programmäßig am
1. April in Kraft treten könnte.

Zur Durchschiebung dieser Pläne bedarf die Reichs-
regierung der Zustimmung einer Mehrheit des
Reichstags zu dem Etatsentwurf. Daß eine solche pa-
lamentarische Mehrheit für das Kabinett Brüning an-
sich nicht vorhanden ist, ist hinreichend bekannt. Die
Entscheidung wird also auch jetzt wieder davon ab-
hängen, ob ein Teil der Opposition aus taktischen
Gründen mit den Regierungsparteien stimmen wird.

Bisher hat die Reichsregierung von der Sozial-
demokratie Waffenhilfe erhalten; und so glaubte man
in parlamentarischen Kreisen, daß die Sozialdemokratie,
um die Bildung einer nationalsozialistischen Regierung
zu verhindern, schließlich auch für den Haushaltsplan
zu gewinnen sein wird. Sicher ist das aber keineswegs,
hört man doch von Meinungsverschiedenheiten zwischen
der preussischen Regierung und dem Kabinett Brü-
ning in der Frage der Erweiterung der Osthilfe, wobei
die Vermutung ausgesprochen wird, eine Fortdauer
dieser Differenzen dürfte zur Ablehnung des Etats
durch die Sozialdemokratie führen.

Aber auch in den Kreisen der Regierungsparteien selbst gehen die Meinungen voreerst noch
weit auseinander. So hatte der Vorsitzende der Deut-
schen Volkspartei, Dr. Dingeldey, mehrfach Unterre-
dungen mit dem Reichskanzler, bei denen es sich um
die Forderung nach weiteren Etatsersparungen in Höhe
von 300 Millionen Mark handelte. Ferner unterzieht
die Bayerische Volkspartei ihr Verhältnis zur Reichs-
regierung wegen der Aufnahme des Steuervereinfachungs-
gesetzes in die Dezember-Notverordnung einer
Revision. Eine ähnliche Distanzierung beobachtet sich
in den Kreisen des Landvolks an, die bisher das Kabinett
Brüning bei den Notstandsgelegenheiten unterstützt haben.

Die Aussichten für die Verabschiedung des Reichs-
haushaltsplanes 1931/32 durch den Reichstag sind nach
allem nicht die besten. Wird der Etat abgelehnt,
dann ist der Reichsregierung damit ihre Grundlage
entzogen und ihr Rücktritt die notwendige Konsequenz.
Wahrscheinlich will es der Reichskanzler aber gar nicht
dahin kommen lassen. Das würde bedeuten, daß das
neue Staatsgesetz, sobald sich im Verlaufe der zweiten
Lesung zeigt, daß eine Mehrheit für diese Vorlage nicht
zu gewinnen ist, unter erneuter Anwendung des Ar-
tikels 48 der Reichsverfassung durch Notverord-
nung in Kraft gesetzt werden soll. Für diesen Fall
soll ferner die Vertagung des Reichstags auf
12 Monate — also die völlige Ausschaltung des Par-
laments — in Erwägung gezogen worden sein.

Ein näheres Eingehen auf diese Möglichkeiten er-
übrigt sich zunächst. Ebenso wird man darauf ver-
zichten können, den wahrscheinlichen Ausgang des
Reichstagskampfes herauszukristallisieren. Praktische
Bedeutung können derartige Mutmaßungen nicht haben,
weil eben zur Stunde alles noch in der Schwebe ist.
Einigen Aufschluß wird erst der Verlauf der ersten
Eratsberatungen geben; die Dienstag-Sitzung selbst ist
noch nicht der Beratung des Haushaltsgesetzes gewid-
met, sondern nur kleinen Vorlagen und Fragen der Ge-
schäftsordnung.

Neben den wirtschaftlichen Fragen — wie sie mit
dem Staatsgesetz und der vom Kabinett zu verabschieden-
den Vorlage über die Erweiterung der Osthilfe und
ihre Ausdehnung auf ganz Pommern, Brandenburg,
Niederschlesien und Mecklenburg gegenwärtig zur De-
batte stehen — werden dem Reichstag ferner Fragen der
Außenpolitik beschäftigen. Auch hier sind, wie die
Beratungen des Auswärtigen Ausschusses am Montag,
in denen der Vorsitzende der nationalsozialistischen
Fraktion, Staatsminister Dr. Fried, den Austritt
Deutschlands aus dem Völkerebund beantragte, zeigten,
Auseinandersetzungen lebhaften Charakters vorauszu-
sehen.

Die deutsche Politik hat also in den nächsten
Wochen Entscheidungen von großer Tragweite zu tref-
fen. Wie sich die Dinge entwickeln werden, weiß vor-
erst niemand, wohl aber muß sich jeder bewußt sein,
daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, wenn endlich nach
der langen Dauer der Krise und der Not Deutschlands
der Weg wieder nach oben führen soll.

Änderung der Geschäftsordnung?

Besprechungen in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei begannen Besprechungen
zwischen der Reichsregierung, Vertretern des Reichs-
tagspräsidentiums und den Geschäftsordnungsreferenten
der Reichstagsfraktionen über die Änderung der Ge-
schäftsordnung des Reichstags. Es ist daran gedacht,
u. a. die Befugnisse des Präsidenten wesentlich zu er-
weitern. Es nahmen daran u. a. teil: die in der
Hauptache zuständigen Minister Dr. Brüning und Dr.
Dietrich, Reichstagspräsident Loebe und Vizepräsident
Escher.

Die endgültige Entscheidung über die Abänderung
der Geschäftsordnung liegt beim Reichstag.

„Kenntnis genommen“.

Die Kürzung der Beamtengehälter
vor dem Hauptausschuß des Landtages.

— Berlin, 2. Februar. Der Hauptausschuß des Preu-
ßischen Landtages beschäftigte sich am Montag abend mit
der Vorlage über die Kürzung der Beamtengehälter. Nach
der Aussprache wurde die Verordnung über die Gehalts-
kürzung durch Kenntnisnahme erledigt.

Neue Lohnfestsetzung im Buchdruckgewerbe.

— Berlin, 3. Februar. Für das Buchdruckgewerbe
ist ein Schiedsspruch gefällt worden, durch den der
tarifliche Spitzenlohn bis 30. August auf 55 Mark
ermäßigt wird.

Parteien und Volkswohlfahrt.

Fortsetzung der Etatsdebatte im Preussischen Landtag.

In der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache zum
Haushalt des preussischen Wohlfahrtsministeriums erklärte
Abg. Frau Wachenheim (Soz.), die Wohlfahrtspflege könne
nur erhalten bleiben, wenn Lohnhöhe, Schutz der Arbeiter
in den Betrieben und die Sozialgesetzgebung gesichert
seien.

Abg. Hein-Barmen (Dntl.) war der Ansicht, daß das
Wohlfahrtsministerium angesichts des Massenelends zur
wichtigsten Verwaltung geworden ist. Um die Arbeitslosig-
keit zu bekämpfen, müsse gegen den Tributplan, den Raub
der Kolonien, der deutschen Ostgebiete und die Zerstörung
der deutschen Wehrmacht energisch Front gemacht werden.

Abg. Frau Dr. Lauer (Hr.) verlangte ganz besondere
Aufmerksamkeit für die jugendlichen Erwerbslosen, deren
Betreuung das Kernstück der Wohlfahrtspflege werden müsse.
Die freie christliche Wohlfahrtspflege müsse in Zukunft
mehr berücksichtigt werden.

Abg. Wurm (D. Wp.) begrüßte die Zunahme der Neu-
bauten im letzten Jahre. Die Aussicht für das laufende Jahr
sei trübe.

Abg. Dr. Bontid (Dt. Kraft.) trat für die Schaffung
von Einfamilienhäusern und Eigenheimen und für Flach-
bauten mit Gärten ein. Die Mittel der Hauszinssteuer
sollten weniger verwendet werden für Großstadt- als für
landwirtschaftliche Siedlungen. Besondere Aufmerksamkeit
sei dem Wohnungswesen für Kinderreiche zu widmen.

Abg. Meent (Hr.) kritisierte die bisherige Woh-
nungspolitik. Die Lage des Haus- und Grundbesitzes sei
katastrophal. Tausende von Wohnungen lägen leer.

Das Schicksal der Hütte Ruhrort-Meiderich.

Zur 20prozentige Lohnabsenkung von den Gewerkschaften abgelehnt.

Die Metallarbeitergewerkschaften haben beschlossen, die 20prozentige Lohnherabsetzung für die Hütte Ruhrort-Meiderich abzulehnen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag, wonach die Erwerbslosenfürsorge die 20 Prozent übernehmen soll, der einzige ist, der zum Erfolge führen kann.

Die Durchführung der Dsthilfe.

Letzte Meinungsverschiedenheiten.

Die Meldungen über das Zustandekommen einer Einigung über die Dsthilfe, treffen, wie wir erfahren, nicht zu. Es besteht allerdings das Bestreben, die kritischen Punkte so rasch wie möglich zu klären, doch dürften die Verhandlungen noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß das Kabinett sich frühestens Ende dieser Woche mit der Angelegenheit befassen kann.

Im Mittelpunkt der Erörterungen steht zur Zeit der Silberbergische Plan, die Industriemlage für die Dsthilfe zu verwenden und als Finanzierungsinstitut

die Bank für Industrieobligationen zu benutzen. Die Bank würde über etwa eine halbe Milliarde Mark zu verfügen haben. Die preussische Regierung hat Bedenken gegen eine derartige Machtstellung der Bank, da jegliches staatliches Kontrollrecht fehlt und die Bank die staatliche Wirtschaftspolitik wesentlich beeinflussen könnte. Der Vorschlag Preußens geht deshalb dahin, die Preußentasse an Stelle der Bank für Industrieobligationen einzuführen.

Diese Bedenken will man anscheinend dadurch ausräumen, indem man ausdrücklich festlegt, daß die Bank den alleinigen Zweck haben soll, die Umschuldung der öffentlichen Landwirtschaft durchzuführen und zweitens dem Handel und Gewerbe im ganzen Reich Kredithilfe zu gewähren, und zwar sollen drei Viertel der Mittel dem Osten und ein Viertel dem Handel und Gewerbe zur Verfügung gestellt werden.

Neben Preußen hat auch der Reichsfinanzminister Dietrich Bedenken geltend gemacht. Er wendet sich vor allem dagegen, daß die 180 Millionen Mark aus der Industriemlage aus dem Reichsstatut gestrichen werden sollen. Aller Voraussicht nach wird man ein Kompromiß schließen, indem man die Industriemlage erhöht und die Mehreinnahme in Höhe von 80 Millionen Mark dem Reich für seinen Etat beläßt.

Verschärfung der Geschäftsordnung.

Besprechungen in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei fanden am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning Besprechungen über Reformen in der Geschäftsordnung des Reichstages statt, die zum Zweck haben, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages zu erhalten und zu fördern.

An den Besprechungen nahmen außer dem Reichskanzler Reichsfinanzminister Dietrich und der Reichsinnenminister Brüning als Vertreter der zuständigen Ressorts, vom Reichstagspräsidenten der Reichstagspräsident Brüning und der Vizepräsident Eiser, sowie die für die Geschäftsordnungsfragen sachverständigen Vertreter der Parteien, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten teil.

Den Besprechungen lagen nicht nur die kürzlich im „Vorwärts“ von dem Reichstagspräsidenten Brüning gemachten Vorschläge, sondern auch noch andere Vorschläge zugrunde. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, die Angelegenheit bleibt noch im Fluß, und zunächst sollen die Fraktionen unter sich darüber beraten. Daher ist anzunehmen, daß in der nächsten Ratssitzung vom Dienstag die Geschäftsordnungsmäßige Frage noch nicht zur Erörterung gelangen wird.

Deutscher Wahltag in Ostpreußen.

Kattowitz, 3. Februar. In Rosdjin-Schoppin wurde erstmals nach der Eingemeindung die neue Gemeindevertretung gewählt. Von den zwölf Listen hat die Deutsche Wahlgenossenschaft die größte Stimmenzahl zu verzeichnen; sie erhielt 3220 Stimmen und acht Mandate. Korfanth erhielt sieben, die Regierungspartei sogar nur drei Mandate.

Blutige Wahlen in Columbien.

Berlin, 3. Februar. Bei den am Sonntag in Columbien abgehaltenen Wahlen zum Kongreß wurden, nach einer Meldung Berliner Blätter, bei schweren Kämpfen zwischen Anhängern rivalisierender Parteien insgesamt 10 Personen getötet und etwa 15 verletzt.

Englische Waffenlieferungen an Sowjetrußland.

London, 3. Februar. Im Unterhaus machte der Regierungsvertreter die interessante Mitteilung, daß in der

Zeit vom Juni 1929 bis September 1930 Munition und Waffen, sowie Seeres- und Marineausstattungsgegenstände im Werte von 880 000 Mark von England nach Rußland eingeführt wurden.

Verschiedenes.

Evangelische Gesellschaftsreisen ins heilige Land 1931.

In den letzten Jahren dehnen viele Deutsche ihre Auslandsreisen auch nach Palästina und Ägypten aus. Wichtig ist es dabei, daß man eine gute Reiseleitung hat. Von dem „Komitee für die Veranstaltung evangelischer Sonntagsfahrten ins heilige Land“ (Vorsitzender Konf. Rat D. Falke-Bernigerode) wird zu evangelischen Gesellschaftsreisen ins heilige Land 1931 eingeladen, die in den Monaten März, April und August stattfinden. Besichtigt werden Syrien (bis Damaskus), Palästina (Galiläa, Judäa, Samaria) und Ägypten. Ferner ist eine Fahrt nach Athen und Konstantinopel im April, kurz nach Ostern, geplant. Die Teilnehmerzahl beläuft sich durchschnittlich auf 35 Personen. Die Gesellschaftsfahrten wollen Gelegenheit zur Erholung und Ausspannung, aber ebenso die Möglichkeit zum Studium von Land und Leuten, Sitten und Gebräuchen, Kunst und Geschichte des heiligen Landes geben. Der konfessionell geschlossene Charakter der Fahrten soll die Voraussetzung für gesinnungsmäßige Gemeinschaften sein. Näheres erfährt man durch den ehrenamtlichen Schriftführer des Komitees, Gen.-Dir. a. D. Fritz Draesner-Düffeldorf, Schillerstraße 12, sowie durch H. W. Kaiser, Stuttgart-Berg, Neustraße 31. Dort sind auch ausführliche Prospekte, sowie Berichte von früheren Reisen kostenlos erhältlich.

Sozial- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Staatsminister a. D. Professor Dr. Hellpach-Heidelberg spricht für die Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft unter dem Generalthema „Menschengemeinschaft als Gegenwartsaufgabe“ am Donnerstag, den 5. Februar 1931, abends 20¹⁵ Uhr im Altstädter Gemeindefaß, Grünstraße über „Christentum und Volkstum“. Nach der außerordentlich tiefgehenden Wirkung des Hellpachschen Vortrages im Frühjahr 1930 auf der Bielefelder Tagung der Christlichen Elternbünde ist größtes Interesse für diesen neuen Vortrag zu erwarten, in dem der Philosophie und Staatspolitiker zum Problem der Menschengemeinschaft sprechen wird.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Hospize und Heime.

Daus Bergbild, Luftkurort Alsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im Park unterhalb des Brodens. Nebst einer. Zimmer mit und ohne Pension. Küche u. Kell. Ausst. erhellte Tasse Spritz (vorm. Frau Pastor M. Spritz).

Seidenberg, Christliches Hospiz, Wartburg (früher Haus der Dämonen) 2. am Hofe gelegen, mit schöner Aussicht auf das Gebirg. Zimmer mit fleißigen, Wasser, elektr. Licht, Bad, elektr. Licht, erhellte Tasse, 40 Betten von 2,50 bis 5,- Wt. Verpflegung Ermäßigung. Beginn: 1. August. Näheres.

Röhl a. M., Christl. Hospiz, Hotel Farnes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon. (nicht zu verwechseln mit Hermannstraße Nr. 2). Zimmer mit und ohne Pension. Gute Verpflegung. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

Steden, Städt. Hospiz, Bielefeld. Kind- und Jugendheim. Sehr gute Verpflegung. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

Seipitz, Christl. Hospiz, Rohlstraße 14. Inh.: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

St. Elisabeth, Christl. Hospiz, Bielefeld. Näheres: Herr. Rüdiger, Wälder, Bielefeld.

Evangel.-kirchl. Arbeitsgemeinschaft

Donnerstag, den 5. Februar 1931, 20¹⁵ Uhr im Gemeindefaß Grünstraße

Staatsminister a. D. Professor Dr. Hellpach

Spricht über Christentum und Volkstum

Karten zu RM 1,50 (numeriert), RM 1,— Saalplatz, RM 0,50 Galerie, in der Pfefferschen Buchhandlg., Oberstr. 1

Gnadau bei Magdeburg

Evangelische Brüdergemeine

Höhere Mädchenschule und Lyzeum

(mit drei Schülernheimen)

Überzeugen (mit zwei Schülernheimen)

2. Bildungsentwurf (Anstaltsprüfung)

Gesamtl. christliche Charakterbildung

Große Gärten und Spielplätze

K. Kuchner, Direktor.

Aluminium- u. Korbwaren

in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Bethel.

— Posaunenchor. Die Betheler Bläser werden gebeten, heute (Dienstag) 8¹⁵ Uhr an der Probe für Freitag, zusammen mit dem Dirigentenkurs teilzunehmen. Großer Saal des Altpapheums.

— Am Mittwoch den 4. Februar 1931 nachmittags 1.30 Uhr findet eine Feuerwehrrübung statt. Pünktlich antreten. Der Brandmeister.

— Frauenhilfe. Mittwoch, den 4. Februar, 3¹⁵ Uhr nachm. im Jungfrauenaal des Altpapheums.

J. B. E. Brandt.

— Das nächste Missionssnähen findet Mittwoch den 11. Februar, statt.

— Die Blaukreuzstunde am Donnerstag abend fällt in dieser Woche aus.

Stelle

in entsch. ev. Hause, am liebsten auf dem Lande. Bisherlich zunächst bei Kindern, später im Haushalt. Auch wo man möglich in weibl. Handarbeiten weiter angeleitet wird. Schulensur darin sehr gut. Angebote unter A 1105 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Sungar Mann, 22 Jahre

Manufakturist

guter Dekorateur, in ungekl. Stellung, möchte sich zum 1. April zwecks weiterer Ausbildung verändern. Es kommt auch evtl. ein gegen. Tausch in Frage. Gest. Angebote unter A 1106 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Christliche Kinderergärtnerin

staatl. geprüft, im 20. Lebensjahre, mit Kenntnissen im Haushalt und Nähen, sucht Stellung in Familie oder Heim zum 1. 3. oder später.

Elfriede Köhne, Barel i. Dittbg., Mühlenstr. 31.

KUSCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE JUN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTÄDT & BUSCH BIELEFELD TELEFON 201306

Haus Berghalde in Wernigerode

in schönster Lage, direkt am Walde, nimmt jederzeit alleinlebende Damen mit und ohne Kinder, auch Erholungsbedürftige, für längere oder kürzere Zeit bei mäßigen Preisen auf. Gute Verpflegung, christliches Haus.

Haus Berghalde, Wernigerode Bollhalental 8.

Tilster Vollstetkase

Mit 48/52, Fett 1. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollekt und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Slotzka Dampfmolkerei Jedwillen, Post Motzweihen, Tilster Niederung.

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim, 3-4 Gänge, finden freundl. Aufnahme in christl. Heim. Wald in unmittelbarer Nähe. Gute Verpflegung, Zentralheizung. Pro Tag RM 5,- ohne Nebenkosten. Fr. E. u. C. Bruchhaus, Detmold, Alleestraße 2.

Kurort Elm, Bad Wildungen, Naturheil- u. Erholungsheim

Kurort Elm, Bad Wildungen, Naturheil- u. Erholungsheim, Sommer- u. Winterkuren, 75 Betten, 120 Wägen, kleine Lage vor der Wald, Bad am waldigen Südrand, Bad Sonnenbäder, 1 Badewanne mit Wannen- und Lehmbäder (selt und w. rm), Heilbäder. Vegetarische und vegetarische. Pensionen sind nach Zimmer 4-5,50 Wt. und 10,-. Verlässliche Beratung und Kuren ermöglicht. Keine Kurkarte. Dauerpensionat. Näheres: Was Sie vom Kurort Elm wissen möchten.

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim, 3-4 Gänge, finden freundl. Aufnahme in christl. Heim. Wald in unmittelbarer Nähe. Gute Verpflegung, Zentralheizung. Pro Tag RM 5,- ohne Nebenkosten. Fr. E. u. C. Bruchhaus, Detmold, Alleestraße 2.

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim

Detmold, Teutoburger Wald, Erholungsheim, 3-4 Gänge, finden freundl. Aufnahme in christl. Heim. Wald in unmittelbarer Nähe. Gute Verpflegung, Zentralheizung. Pro Tag RM 5,- ohne Nebenkosten. Fr. E. u. C. Bruchhaus, Detmold, Alleestraße 2.



Nr. 30.

Drum f...
Du bist...
Und mo...
Der Sa...
Und ch...
Kann a...

Nach der fran...
Konventions-En...
rung Deterdings...

Die französi...
vorüber. Dem...
val gefolgt, die...
des alten Tard...
schen Beziehung...
rifer Kabinettsk...
Männer in Fra...
gen — ein Zie...
Niederhaltung...
loße Ausbau der...

Diesem Ziel...
rüstungskommiss...
großen Abrüstun...
rungen abgrenze...
vorigen „Umsteh...
von Dr. Curtius...
richteten auch, d...
für den — libe...
schlag der „Wri...
chen versuchte, d...
englischen Vertre...
getreuen Helfer...
zwar gelegentl...
Oberhaus — be...
ventionsentwurf...
mission eintrat...
Regierung es m...
Scheitern der V...
Hiermit ist selb...
Ceil sagt also i...
Genf gesagt hat...
heit, in der sich...
det, tritt immer...
uns nicht beirr...
dens weiter zu...
Italien nun au...
vorbereitenden...
ablehnt. Nicht...
leidenschaftlichen...
wurde, indem er...
wägen hat, son...
Neuheren, Graf...
wollen keinen V...
Frage der Wri...
stand und den...
ten aufrechterha...

Was es aber...
rüstungskommiss...
hervor, daß er...
scharf mit dem...
vorschlag des J...
schen Staub auf...
bügelt wurde, o...
sichen Abrüstun...
der Genfer Kon...
Versailles, fran...
ren lassen will...
nach dem Genf...
erlaubt. Dem d...
Während die F...
zwecks Bildung...
Truppen entlas...
Möglichkeit auf...
hällismäßig k...
Ausbildungen...
fereibungen, d...
bleiben sollen, n...
geduldet. Sogar...
uns nicht gestat...
ferer Wehrmach...
denkt man nicht...
ein fast siebenn...
ein Regiment e...